

Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR,
Markus Meckel

Die Erörterung des politisch-militärischen Status des vereinten Deutschland dürfte uns zu den schwierigsten Fragen unserer Verhandlungen hinführen. Es kann deshalb nicht verwundern, wenn wir in unseren heutigen Beratungen noch nicht zu endgültigen Lösungen für die mit den politisch-militärischen Fragen zusammenhängenden Problemen kommen werden. Wir halten es angesichts der in dieser Kernfrage offenkundig noch weit auseinanderliegenden Auffassungen für einen Fortschritt, wenn wir zu einem vertieften Verständnis der bestehenden Meinungsunterschiede finden und Perspektiven für Lösungsmöglichkeiten eröffnen könnten. Nach unserem Verständnis besteht unsere wichtigste Aufgabe darin, die Vereinigung Deutschlands so zu gestalten, daß alle zustimmen können. Es ist oft gesagt worden: die deutsche Vereinigung soll den europäischen Vereinigungsprozeß voranbringen. Wir wollen ein europäisches, ein den europäischen Einigungsprozeß förderndes Deutschland.

- Und Sie werden verstehen, wenn der
- Außenminister der DDR dabei besonders an die Zustimmung seiner östlichen Nachbarn, an die Zustimmung der Sowjetunion und daran denkt, daß die Vereinigung Europas mehr sein soll als die Erweiterung Westeuropas nach Osten. Wir wollen ein freies Zusammenkommen gleichberechtigter Partner in einer neuen gesamteuropäischen Gemeinschaft. Die Sicherheitsstrukturen dieser Gemeinschaft sollen nicht auf dem alten Konzept konfrontativer Sicherheit und nicht auf einem militärischen Vorrücken der NATO nach Osten aufgebaut werden.

Es ist so etwas wie das Vermächtnis unseres durch eine friedliche Revolution endlich wirklich zu einer Deutschen Demokratischen Republik gewordenen Staates, in dieser Runde der 2+4 mit dafür zu sorgen, daß das Europa der Zukunft im Geiste echter Sicherheitspartnerschaft aufgebaut wird. Niemand soll auf dem Weg zu der angestrebten europäischen Sicherheitsgemeinschaft benachteiligt oder isoliert werden. Niemand soll sich unter Druck gesetzt fühlen müssen. Die Zukunft Europas soll nicht durch offene deutsche Fragen, aber

auch nicht durch einen Verstoß gegen das Prinzip von Malta belastet werden, welches besagt, daß beide Großmächte keine Gegner mehr sind, und daß keine Seite die Lage in Europa zu ihrem Vorteil ausnutzen darf.

Wir wollen die große Chance, die sich Europa heute bietet, und auch die besondere Gunst der Stunde nutzen. Aber wir sollten andererseits auch nichts übereilen und halten es für unsere Pflicht, erst dann vom 2+4-Tisch aufzustehen, wenn wirklich solides Einvernehmen über Grundsätze und Fahrplan zu einer Sicherheitsorganisation für ganz Europa erreicht ist.

Damit ist der einfache Grundgedanke benannt, von dem sich die Regierung der DDR bei der Behandlung der politisch-militärischen Fragen in diesen Verhandlungen leiten läßt.

Es ist bekannt, daß die DDR den deutschen Einigungsprozeß für Europa nutzen will. Durch die deutsche Vereinigung soll Europa einen entscheidenden Schritt vorankommen. Am Ende des jetzt eingeschlagenen Weges soll eine gesamteuro-

päische Sicherheitsgemeinschaft stehen, die niemanden ausgrenzt, sondern alle Europäer, die USA und Kanada umfaßt. Dazu haben wir eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet:

- So hat die DDR dazu angeregt, daß beide deutsche Staaten verbindlich auf Herstellung, Besitz, Weitergabe und Stationierung von ABC-Waffen verzichten.
- Beide deutsche Staaten sollten unseres Erachtens außerdem an diesem Verhandlungstisch ihre Bereitschaft erklären, die deutschen Streitkräfte drastisch zu reduzieren. Obergrenze könnte zunächst ein Gesamtumfang von 300 000 Soldaten sein. Das wäre etwa eine Halbierung des derzeitigen Streitkräftebestandes von Bundeswehr und NVA. Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik sollten den an den Wiener VKSE-Verhandlungen beteiligten Staaten vorschlagen, diese Begrenzung in die laufenden Verhandlungen einzubauen. Wir sind davon überzeugt: eine solche freiwillige Initiative beider deutscher Staaten würde uns auch an diesem

Verhandlungstisch die weitere Arbeit wesentlich erleichtern.

- Auch die von Außenminister Genscher angeregten sicherheitspolitischen Sonderregelungen für das Gebiet der heutigen DDR sind für uns ein wichtiger und konstruktiver Beitrag auf der Suche nach einer für alle akzeptablen Lösung.
- Wir unterstützen die in dem Brief von Außenminister Schewardnadse an Außenminister Baker enthaltenen Vorschläge bezüglich einer Deklaration der Mitgliedsstaaten beider Bündnisse. Vielleicht könnten die 23 Mitgliedsstaaten beider Bündnisse unmittelbar vor dem KSZE-Gipfel zusammenkommen und damit diesem Ereignis einen ihm angemessenen Rahmen geben.

Anstatt an dieser Stelle auf weitere Einzelheiten einzugehen, möchte ich abschließend noch einmal hervorheben, daß das wichtigste Anliegen unserer Seite darin besteht, einen für alle Beteiligten akzeptablen Weg von den Blöcken zu einer auf einem umfassenden Sicherheitsbegriff beruhenden europäischen Sicher-

heitsgemeinschaft zu finden.

Wenn es die legitimen Sicherheitsinteressen eines der Beteiligten erfordern, sollten sich geeignete Übergangsregelungen finden lassen, die bis zur endgültigen Vereinbarung über ein europäisches Sicherheitssystem gelten können.

Eine Übergangsperiode ist für alle Beteiligten erträglich, wenn klar ist, wie lange sie dauert und wodurch sie abgelöst wird. Nach Abschluß unserer Verhandlungen darf es keine Unklarheit darüber geben, welchen Platz Deutschland im künftigen Europa haben wird.

Das wichtigste aus unserer Sicht ist der Beitrag der deutschen Einigung für eine wirklich neue europäische Friedensordnung und daß dieses Ziel ohne die Ausübung von Druck, im guten Einvernehmen mit allen Seiten und ohne den Keim zukünftiger Instabilitäten erreicht werden kann.